Erläuterungen

Allgemeiner und Besonderer Teil

1. Anlass und Zweck der Neuregelung:

Mit der Novelle des Steiermärkischen Behindertengesetzes, LGBl. Nr. /2009, die am 3. November 2009 vom Sozialausschuss des Landtags Steiermark beschlossen worden ist, soll § 47a Abs. 5 dahingehend geändert werden, dass das Beschlussquorum der Schlichtungsstelle mehrheitlich erfolgen soll, da sich das durch Novelle LGBl. Nr. 74/2007 gesetzlich normierte Einstimmigkeitsprinzip als wenig sinnvoll erwiesen hat.

Rechtsgrundlage dieser Verordnung ist § 47a Abs. 7 Stmk. BHG.

2. Inhalt:

Die Verordnung betreffend Paritätische Kommission und Schlichtungsstelle nach dem StBHG, LGBl. Nr. 82/2008 soll daher in folgenden Punkten geändert werden:

- Festlegung eines Präsenzquorums für die Schlichtungsstelle: alle Mitglieder (im Falle der Vertretung: das jeweilige Ersatzmitglied) müssen anwesend sein;
- die Schlichtungsstelle entscheidet mit (einfacher) Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Da nur 3 Personen der Schlichtungsstelle angehören und ein Präsenzquorum von 100 % gefordert ist, bedeutet das festgelegte Konsensquorum, dass de facto immer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln für einen Beschluss erforderlich ist.

3. Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine.

4. Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

5. Kostenfolgen der beabsichtigten Regelung:

Durch diese Novelle entstehen weder dem Land noch den Gemeinden zusätzlichen Kosten, da die Tätigkeit gemäß § 13 ehrenamtlich ausgeübt wird.